Briefe von Felix - Der andere Kommentar KW11

Zum Russisch-ukrainischen Krieg II

Hallo Zusammen,

Nach und nach kommt der gegenwärtige bewaffnete Konflikt in der Ukraine auch in Deutschland an. Zum einen in Form von Geflüchteten und zum anderen in Form von steigenden Preisen im Bereich von Erdöl, Gas und auch Weizen.

Solidarität mit Ukraine bedeutet, diese Kosten mitzutragen. Diese mögen schwerer wiegen als ein 50 Euroschein, der in einer Spendenbox landet, sie sind jedoch direkt kausal mit der Politik der EU verbunden und eine natürliche Reaktion des ebenfalls stattfindenden Wirtschaftskriegs. Nichts liegt mir dabei ferner als Menschen, die ohnehin in prekären Verhältnissen leben, jetzt zuzurufen, dass sie sich mal nicht so anstellen sollten, da Menschen in der Ukraine momentan Angst um Leib und Leben haben müssen. Natürlich, niemand würde mit Menschen in Kiew oder Mariupol tauschen und die Bilder, die uns jeden Tag pünktlich zum Frühstück auf verschiedenen Bildschirmen erreichen, sind belastend und erschreckend. Wenn aber die, die sonst ohnehin gerade so ihren Kühlschrank vollbekommen, sich Gedanken machen müssen, ob sie zum Tanken oder Einkaufen fahren, wäre solch ein Zuspruch nicht nur zynisch, sondern geradewegs menschenverachtend.

Eine solche Karte wird gerne gespielt. Es ist nichts weniger als das alte Arm-gegen-Ärmer-Spiel. Es ist unverschämt und niederträchtig und ganz bestimmt das Totenbett jeder Form von Gesellschaftsvertrag. Dass immer noch viel zu viele Menschen im täglichen Leben auf den MIV (motorisierten Individualverkehr) angewiesen sind, ist die Folge einer seit Jahrzehnten rein ideologisch geführten Autopolitik. Ihre Schattenseiten sehen wir gerade nun wieder umso stärker, wenn der Ölpreis, neben Mieten, Heizöl und Strom der nächste ist, der ansteigt.

Solidarität mit der Ukraine ist nur zu leisten, wenn gleichzeitig in Form eines sozialpolitischen Aufbruchs dafür gesorgt wird, dass sich diese Solidarität auch jeder leisten kann. Sonst öffnet sie auf lange Sicht nur einen weiteren Graben zwischen Arm und Reich. Und der Kampf, der dann dort geführt werden wird, wird einer sein, der, mit Blick auf die Krisengeschichte Deutschland, eher im rechten Lager sich entfalten wird und zu einer weiteren Bedrohung der Demokratie reifen kann. Es gilt dem entgegenzutreten mit einer sozial-ökologischen Wende und einem neuen Deal zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Bleibt gesund und achtsam
Viele Grüße
Felix